

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 21.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover
Sonnabend, 18. Oktober 1902.

Geschäftsinstanz pro Ziegelpart. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhofstr. 6.

11. Jahrg.

Zur Urabstimmung!

Die Urabstimmung über Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wird vom 1. bis 21. November vorgenommen. Stimmzettel werden der Nr. 22 des "Proletariers", der "Gleichheit", sowie dem italienischen und dem polnischen Blatte beigelegt, sodass jeder Verbandsgenosse mit der Zeitung auch einen Stimmzettel erhält.

Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner wollen dafür sorgen, dass an jedem Verbandsorte eine Abstimmungskommission eingesetzt wird. Deren Aufgabe besteht darin, zu überwachen, dass

1. jedes Mitglied nur einmal abstimmt;
2. dass an der Abstimmung nur Verbandsgenossen teilnehmen, die gemäß den §§ 6 und 7 des Statuts ihre Beitragspflicht erfüllt haben.

Die Abstimmungskommission der Verbandsorte hat nach vollzogener Abstimmung die Unterschrift der abgegebenen Stimmzettel mit dem am Orte geführten Namensverzeichnis (Beitragssätze) zu vergleichen, und die Stimmzettel dann sofort an meine Adresse einzusenden. Dieselben werden dann nach Ort, Anzahl und Abstimmungsergebnis tabellarisch zusammen gestellt und im "Proletarier" veröffentlicht.

Am 30. November wird der Abstimmungskontakt geschlossen, später einlaufende Stimmzettel werden als ungültig erklärt.

An der Abstimmung müssen alle Verbandsgenossen teilnehmen. Die Stimmzettel können in den Versammlungen abgegeben werden, auch können sie von den Hilfsklassen eingefasst oder von den abstimgenden Kollegen per Post, natürlich frankiert, den Bevollmächtigten oder Vertrauensmännern zugesandt werden.

Die ihre Beiträge nach Hannover zahlenden Mitglieder senden ihre Stimmzettel an meine Adresse.

Verbandsgenossen, Verbandsgenossen! Eine wichtige Entscheidung liegt in Euren Händen. Nehmt Alle an der Abstimmung teil.

Mit kollegialem Gruß

Aug. Brey.

Verbandstagsschlüsse,
die mit dem 1. Oktober 1902 in Kraft traten.
Einen Nachtrag zum Statut lassen wir, bevor die Entscheidung über die Arbeitslosen-Unterstützung herbeigeführt ist, nicht drucken. Bis dahin wollen die Kollegen die folgenden Zeilen sich aufbewahren.

§ 2. Absatz 1. Gewährung von Rechtsschutz in Streitigkeiten, welche aus dem Lohns- und Arbeitsverhältnisse, sowie der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung erwachsen, nach Ablauf einer 12monatlichen Karentzeit.

Letzter Absatz. Sämtliche von der Verbandsleitung an die Mitglieder zu gewährende Unterstützung ist eine freiwillige. Ein Recht der Klage steht den Mitgliedern gegenüber dem Verband hierüber nicht zu. Vom Verbandsvorstande resp. Ausschuss kann Unterstützung erst gewährt werden, nachdem die Mitglieder 12 Monate dem Verband angehören, 52 Wochenbeiträge bezahlt haben und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind.

§ 3. Zum Beitritt berechtigt sind alle Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Hierunter sind zu verstehen: alle Arbeiter, welche kein bestimmtes Handwerk betreiben, sowie alle solche gewerblichen Arbeiter, denen es durch die Lage der örtlichen Verhältnisse nicht ermöglicht ist, sich ihren Branchen-Organisationen anzuschließen. Dieselben müssen das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben und das Verbands-Statut als für sich rechtsverbindlich anerkennen. Mitglieder, welche aus ihrem Berufe scheiden, können Mitglieder des Verbandes bleiben. Mitglieder, welche vor ihrem Eintritt einer anderen Gewerkschafts-Organisation angehört und sich ordnungsmäßig abgemeldet haben, wird die Dauer der Mitgliedschaft auf die bei uns geltenden Karentzeiten angelegt. Auf etwa zu gewährende Arbeitslosen-Unterstützung hat diese Bestimmung jedoch keine Geltung.

§ 6. Die Zahlstellen haben das Recht, mit Zustimmung des Vorstandes einen lokalen Extraarbeitstag zu erheben.

Absatz 2. Für vollgesteuerte Mitgliedsbücher werden neue verabfolgt. Erfäßbärer haben auf dem Titelblatt links oben den mit einem Stempel aufgedruckten Begriff "Erfäßbär" und die beim Ausstellen auszufüllende Jahreszahl zu tragen. Solche Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, haben Letzter von Ihnen geschuldet Beitragssätze vorher zu bezahlen. Vor Tilgung der Beitragssätze darf keinem ehemaligen Mitglied des Verbandes ein Mitgliedsbuch verabfolgt werden.

Absatz 6. Die Beiträge sind bei Auszahlung der Streitunterstützung und allen statutarisch zu gewährenden Unterstützungen in Abzug zu bringen. Während nachgewiesener Arbeitslosigkeit, sowie bei arbeitsunfähigen Kurzzeiten ruht die Beitragspflicht für drei Monate, in besonderen Fällen kann Beitragsbefreiung auf Antrag eines Mitgliedes durch den Vorstand für sechs Monate gewährt werden.

Absatz 8. Mitglieder, die während ihrer Mitgliedschaft invalide geworden sind, können Mitglied des Verbandes bleiben. Sie haben einen Wochenbeitrag von 10 Pf. zu bezahlen und dafür nur Anspruch auf Lieferung des "Proletariers", Umzugsgeld und Sterbegeld.

Zu Absatz 9. Erster Satz. Mitglieder, welche zum Militär eingezogen werden oder ins Ausland reisen und sich ordnungsmäßig am Wohnorte abgemeldet haben, können 14 Tage nach ihrer Rückkehr, gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches, dem Verband unentgeltlich wieder beitreten und ist in diesem Falle das alte Mitgliedsbuch abzunehmen und dem Verbandsvorständen einzusenden.

Absatz 9. Für Mitglieder, bei denen die Beitragspflicht ruht, werden für die fehlenden Beitragssätze vom Vorstand gesetzte Fleißmarken gegeben. Diese Marken sind nur von dem Bevollmächtigten einzusehen.

S 7. Zusatz: ... oder sich weigern, die in der Mitgliederversammlung beschlossenen, vom Vorstand guigegebenen Extrabeiträge zu bezahlen.

S 9. Absatz 3 soll lauten: Im Todesfalle eines Mitgliedes kann den Hinterbliebenen bei einer Leistung von 104 Wochenbeiträgen 25 M., bei 208 Wochenbeiträgen 35 M. und bei 260 Wochenbeiträgen 50 M. Sterbegeld gewährt werden.

Im Absatz 6 anstatt der Worte: „zwei Jahre dem Verband angehört haben“, heißt es nun: „104 Wochenbeiträge geleistet haben“.

S 10. Das Wort „öffentliche“ ist gestrichen.

Zusatz: Diese Unterstützung wird nur 18 Wochen lang gewährt. Die zu unterstützenden Kollegen haben sich täglich einmal an einer von den Bevollmächtigten und Revisoren zu bestimmenden Stelle unter Vorlegung ihrer Invaliditätskarte zur Kontrolle zu melden. Bei Mitgliedern, die eine besonders rege Verbandsaktivität entfaltet haben, hat der Vorstand ein Recht, eine Ausnahme bei der Dauer der Unterstützung zu machen.

S 13. Die Abrechnung muss sich auch über die Volksklasse unter Einstellung des Volksklassebestandes erstrecken.

S 15. Absatz 1. Anstatt „Revisoren“ heißt es: „1. und 2. Vorsitzenden“.

S 16. Absatz 5 wird gestrichen.

Absatz 8: Zahlstellen von 500 Mitgliedern können einen Delegierten wählen. Drei, an denen mehr wie 500 Mitglieder sind, können nur auf je 800 weitere Mitglieder einen Delegierten mehr wählen. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 500 Mitgliedern vereinigt.

Streikreglement.

S 13. Schlussatz: Für die ersten 3 Werkstage des Streiks oder der Aussperrung wird Unterstützung aus der Volksklasse nicht gewährt.

Einstimmig angenommene Resolution:

Nachdem der Verbandstag es für zulässig erachtet hat, dass die freiwilligen Beiträge zum Streifonds in Höhe von 25 und 50 Pf. nach wie vor erhoben werden können; nachdem ferner der Verbandstag es für richtig erklärt hat, dass einige Zahlstellen von den im Bauwesen beschäftigten und anderen Kollegen Extraarbeitstage in genannter Höhe bereits erheben, empfiehlt der Verbandstag allen Zahlstellen, in denen im Bauwesen beschäftigte Kollegen Mitglieder sind, dafür zu sorgen, dass letztere Gelegenheit erhalten, Extraarbeitstage zu leisten.“

Geschäftsordnung.

Zusatz zu § 3. Absonderungen in den bestehenden Zahlstellen, Verschmelzung mehrerer Zahlstellen u. s. w. bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.

Leistungsreglement.

Zu Absatz 1. Wenn Mann und Frau Mitglieder des Verbandes sind, erhält die Frau die „Gleichheit“.

Resolution zum „Proletarier“:

Vorläufige aus den Zahlstellen, welche kein öffentliches Interesse besitzen, wie Vorläufige von Bevollmächtigten, Berichte über die Tätigkeit der Gewerkschaftsstelle, Fälligkeiten, Berichte der Revisoren, Abrechnungen etc. finden im „Proletarier“ eine Aufnahme. Annoncen über Familienereignisse, Gratulationen u. s. w. sind aus dem „Proletarier“ heraus zu lassen. Der dadurch gewonnene Raum wird für Artikel sozialpolitischen Inhalts verwendet.“

Fleischnot und Sozialpolitik.

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Bon Brutus.

Dass wir uns bereits seit zwei Jahren in einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges befinden, wird von Niemandem mehr bestritten. Eine steigende Arbeitslosigkeit geht mit einer Steigerung der Lebensmittelpreise Hand in Hand. In den Jahresberichten der Gewerbe-Ausschussteile für das Jahr 1901 lesen wir an verschiedenen Stellen Folgendes: „In zahlreichen Branchen macht sich eine wesentliche Lohnherabsetzung bemerkbar. Aber auch dort, wo die Einkommensfülle unverändert geblieben sind, ist die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Folge der vielen Feierlichkeiten, der großen Arbeitslosigkeit und der höheren Lebensmittelpreise bedenklich schlechter geworden. Besonders der Kreis des in einem Arbeiterhaushalt unentbehrlichen Schweinefleisches und Specks ist nicht unerheblich gestiegen; dieser Preissteigerung entsprechend hat der Konsum von Hundes- und Pferdefleisch und von anderem minderwertigen Fleisch zugenommen.“ Seindem diese amtlichen Berichte im

Druck erschienen sind, hat sich die Lage der Arbeiterklasse noch ganz bedeutend verschlechtert, indem die Fleischpreise eine derartige Höhe erreicht haben, dass man ohne Übertreibung von einer Fleischnot sprechen kann.

Aus allen Gegenden Deutschlands, selbst aus den rein ländlichen, werden bedeutende Steigerungen der Fleischpreise gemeldet, die für die ohnehin hart bestroffene Arbeiterschaft eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung im Gefolge haben. Die hohen Fleischpreise machen es dem Arbeiter zu geradezu unmöglich, dieses nothwendige Vollsnahrungsmittel überhaupt noch zu konsumieren. Speziell aus den ärmsten Gegenden, dem Erzgebirge und dem sächsischen Vogtlande, wird berichtet, dass dort die Fleischpreise eine unerschwingliche Höhe erreicht haben, so dass im Besonderen Schweinefleisch und Speck aus dem Haushalt des Arbeiters verschwinden werden.

Diese Fleischnot, die heute nur noch die agrarischen Zeitungen abzuleugnen wagen, röhrt offenbar davon her, dass die deutschen Grenzen gegen das Fleisch gesperrt sind, während Deutschland selbst den Bedarf an Fleisch nicht im Entferntesten decken kann. Das Agrarierthum begründete die Grenzsperre, deren volle Wirkung erst nach dem 1. Januar 1903 in die Erweiterung treten wird, damit, dass das ausländische Vieh ungern sei und Krankheiten ins Land schleppe, wovon im Auslande selbst Niemand etwas bemerkt hat. Heute ist man in der Beziehung offener und räumt unumwunden ein, dass die Grenzsperre den Zweck habe, der deutschen „nothleidenden Landwirtschaft anständige Preise zu gewährleisten“. Bei der Beratung der agrarischen Anträge im Reichstage verwies die Agrarierthum stets damit, dass Deutschland genügend Schlachtwieh zu liefern im Stande sei. Wie es damit in Wirklichkeit bestellt ist, ergibt sich aus folgenden statistischen Angaben: In Berlin sind in den vier Monaten April bis Juli d. J. über 25 000 Stück Vieh weniger geschlachtet worden, als in den gleichen Monaten des Vorjahrs; in Dresden sind in den sieben Monaten Januar bis Juli d. J. auf den Viehmarkt ca. 30 000 Stück Vieh = 38 Prozent weniger aufgetrieben worden, als in den entsprechenden Monaten 1901; in München beträgt die Minderzufuhr an Schweinen allein ca. 75 000 Stück. Eine Umfrage, die die „Allg. Fleischer-Ztg.“ bei 80 deutschen Schlachthof-Direktionen über die Schlachtungen in den ersten sechs Monaten angestellt hat, hat ergeben, dass im Vergleich zu dem ersten Halbjahr des vorigen Jahres überall die Schlachtungen, namentlich von Schweinen, ganz erheblich zurückgegangen sind. Alle Theile des Reiches, große, mittlere und kleine Städte, haben den Rückgang zu verzeichnen, der an manchen Orten in einem geradezu erschreckenden Maße eingetreten ist. Der Rückgang der Schweineschlachtungen bezieht sich gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt auf weit über 10 Prozent. Und ein solcher Rückgang stellt sich heraus, obgleich bereits das vorige Jahr gegen das voraufgegangene Jahr eine weit bedeutendere Abnahme der Schweineschlachtungen aufwies. Dazu kommt, dass vielfach nicht ganz reifes Material zur Schlachtung gebracht wurde, dessen Ergiebigkeit an Fleisch natürlich wesentlich geringer ist. Erwägt man außerdem, dass die Bevölkerung im Laufe des Jahres gewachsen ist, so wird man in der ziffermäßig festgestellten Abnahme der Schlachtungen eine Thatsache von solchem Ernst erkennen müssen, dass auch die Interessen der Viehzucht sie nicht einfach durch Beugnen aus der Welt zu räumen sich bestreben sollten. Es ist festgestellt, dass von 51 Schlachthöfen großer und kleinerer Städte die Zahl der Schweineschlachtungen in den ersten 6 Monaten 1902 gegenüber derselben Zeit im Jahr 1901 von 1 726 463 auf 1 529 254, d. i. um 19 214 Stück oder um etwa 11% zurückgegangen ist.

Solchen himmelschreien Thatsachen gegenüber muss man die freche Stirn der Agrarier bewundern, die von einem „Fleischnotrummel“ sprechen, und gleichzeitig den Mut des preußischen Landwirtschaftsministers von Podbielski, der in Düsseldorf bei einem seinen Frühstück sich dahn äußerte, dass der Rückgang in der Schweinezucht und die Erhöhung der Fleischpreise „nur eine vorübergehende Erscheinung“ sei, dass es sich um eine künstliche Preissteigerung handle und dass zu einer Öffnung der Grenzen keine Veranlassung vorliege. Und dabei wird die Fleischnot noch zunehmen, wenn erst am 1. Januar 1903 die Bestimmungen des Schlach- und Fleischhauptsatzes in Kraft treten.

treten, wonach die Einfuhr von ausländischem Fleisch fast ganz unmöglich gemacht wird; es werden dann mindestens 20 Millionen Lebern, Nieren, Bungen, Schultern, Rücken usw., die bislang alljährlich eingeschafft wurden, in Wegfall kommen, so daß dann Bungen und Leberwurst zu einer Delikatesse der oberen Gesellschaft wird.

Gegen den Standpunkt des unverschämten Agrarierthums erhebt sich überall im ganzen deutschen Reiche flammender Protest. Stadtverwaltungen, Handelskammern und andere Korporationen haben eine Deffnung der Grenzen beantragt und das arbeitende Volk hat in zahlreichen Versammlungen gegen die auf den Ruin des Volkes gerichtete agrarische Politik energisch protestiert.

Die Frage, wie sich eine derartige Fleischnot, wie sie heute unbefriedigbar besteht, mit der vielgerühmten deutschen Sozialpolitik in Einklang bringen läßt, beschäftigt weitere Kreise der Bevölkerung und erregt manches Kopfschütteln. Man kann sich nur schwer vorstellen, daß eine Regierung, die sich auf ihre soziale Fürsorge für die arbeitende Klasse so viel zu Gute thut und noch neulich auf dem Düsseldorfer Kongress für Wohlfahrtspflege mit stolzer Besiedigung sich der vollsten Pflichterfüllung rühmt, es zulassen sollte, die große Masse des Volkes dem Hungertypus nahe zu bringen. Und doch gewinnt es nach der erwähnten Aeußerung des Landwirtschaftsministers den Anschein, als ob die Regierung keine Maßnahmen treffen wolle, um die bestehende Unterernährung der Arbeiterklasse zu beseitigen.

Was für einen schädlichen Einfluß eine solche Fleischnot auf die Ernährung und die Wohlfahrt des gesamten Volkes ausüben muß, kann gar nicht zweifelhaft sein. Für eine gesunde Volkswirtschaft spielt die Frage nach der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse eine bedeutende Rolle. Je höher die Lebenshaltung der Arbeiterschaft eines Volkes ist, desto höher steht ein Volk auf der Stufenleiter der geistigen und wissenschaftlichen Kultur, und umgekehrt, je niedriger das Niveau der Lebenshaltung ist, desto niedriger ist auch das Kultur-Niveau eines Volkes. Die Kulturgeschichte der gesamten Menschheit berichtet über ein langjämes, aber beständiges Emporsteigen der Völker auf die Kulturstufe, auf der sie sich heute befinden. Die Zahl und die Art der Bedürfnisse, die ein Volk hat, und die Art und Weise, wie es für die Besiedigung dieser Bedürfnisse sorgt, bestimmt die Höhe der jeweiligen Kultur dieses Volkes. Die vielgerühmte und doch so verdammenwidrige Gedankenlosigkeit ist der Hemmschuh eines jeden Fortschritts und das Herabdrücken der Lebenshaltung eines Volkes ist das schlimmste Unglück, was ihm passieren kann. Aus diesem Grunde ist es die heiligste Pflicht aller Menschen, die es mit der Kultur und der Wohlfahrt eines Volkes ehrt zu meinen, mit allen Mitteln dagegen Front zu machen, daß der großen Masse des Volkes der materielle Bedarf in solch haarscharfender Weise verschwindet. Es ist eine Frage von größter Wichtigkeit, wie sich ein Volk ernährt, da hierdurch die Leistungsfähigkeit bestimmt wird. Ein schlecht ernährtes, ausgepowertes Volk kann nichts Tüchtiges leisten, und es wäre höchst verhängnisvoll, wenn das ausbeuterische Agrarierthum es fertig bringen sollte, dem deutschen Volke den Brots resp. Fleischkorb höher zu hängen, wie es bereits geschehen ist.

Aber noch in einer anderen volkswirtschaftlichen Beziehung wird die verschlechterte Lebenshaltung der Arbeiterklasse von schädlicher Wirkung sein, indem sie mit Notwendigkeit ein Herabdrücken der Arbeitslöhne im Gefolge haben muß. Es ist bekannt, daß der Wert der Baare Arbeitskraft wie der jeder anderen Baare bestimmt wird durch ihre Herstellungskosten, d. h. der Arbeiter empfängt in seinem Arbeitslohn den Lebensunterhalt für sich und seine Familie. In dem Arbeitslohn ist ein kulturelles Moment enthalten, insofern die Kulturhöhe eines Volkes auf die Höhe des üblichen Arbeitslohnes einen maßstimmenden Einfluß ausübt. Völker und Arbeitergruppen mit einer höheren Lebenshaltung besitzen einen höheren Lohn, weil sie größere Bedürfnisse zu befriedigen haben. Daher bezieht z. B. ein deutscher Arbeiter einen höheren Lohn als ein italienischer, und ein englischer Arbeiter einen höheren Lohn als ein deutscher. Lebenshaltung und Lohnhöhe stehen also in einem bestimmten Verhältnisse. Würde es nun dem Agrarierthum gelingen, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse auf ein niedrigstes Niveau herabzudrücken, so würden Lohnherabsetzungen die natürliche Folge sein. Hat sich die Arbeiterschaft erst einmal an Sparsamkeit und Einsparung, an Sparfülle und minderwertige Surrogate gewöhnt, dann wird eine Herabsetzung der Löhne nicht mehr auf sich warten lassen. Es kommt auch aus diesem Grunde notwendig zur Zersetzung der Lebensmittel zu beklagen und dadurch den Lohnreduktionen vorzubringen.

Noch ein dritter Punkt spielt hier eine Rolle. Ein jeder Sozialpolitiker weiß, daß durch eine niedrige Lebenshaltung des Bevölkerthums und der Alkoholismus groß gejagt wird. Teuerere Lebensmittel bedeuten in einem Volle mit tatsächlicher Sicherheit eine Verbesserung der Verhältnisse, und speziell der Alkoholismus als Karmerscheineingang findet in einem Volle mit niedriger Lebenshaltung einen zügigen Rückhoden. Heute dort, wo die Lebenshaltung der Arbeiter gesetzlichen Wert hat, ist der Schnapskonsum ein hoher, und bei sinkender Wohlfahrtshaltung greift der Arbeiter

ganz instinktiv zur Schnapsflasche. Mangelhaftes Ernährung und Brantweingeist gehen stets Hand in Hand. Schon heute besteht bei einem sehr großen Bruchtheil der deutschen Arbeiterklasse eine direkte Unterernährung, d. h. die Ernährung ist weder quantitativ ausreichend, noch qualitativ befriedigend. Deshalb ist der Schnapsgenuss noch immer so weit verbreitet. Hier wird Brantwein getrunken, weil er das Hungergefühl beseitigt und dem Magen eine Sättigung vorgaukelt, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Arbeitermassen, die mangelhaft ernährt sind und außerdem noch geschmacklos zubereitetes Essen zu genießen gezwungen sind, verfallen dem Alkoholismus. Der schweizerische Gewerbeinspektor Schuler hat

in dieser Beziehung eingehende Untersuchungen angestellt und in einem Buche: „Über die Ernährungsweise der arbeitenden Klassen in der Schweiz und die dadurch bedingte Ausbreitung des Alkoholismus“ veröffentlicht. Wir haben nur einzelne Thatsachen daraus hervor: „In den Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg ist die Ernährung am besten; es wird dort viel Fleisch, Gemüse, Weißbrot, Milch und Käse genossen; die Kartoffel tritt in den Hintergrund und Brantwein wird wenig getrunken. In den Kantonen Bern und Luzern ist die Ernährung schlecht; man ist dort viel Kartoffeln, Blüten, Pferdespeck und minderwertige Wurst; die Ernährung ist fade und geschmacklos und leidet an einem auffallenden Mangel an Eiweiß und Fett; es wird dort außerordentlich viel Brantwein getrunken, selbst schon von Kindern.“

In demselben Maße, in welchem der Konsum von Fleisch schwindet, mehrt sich der von Kartoffeln und Schnaps.“ Diese selbe Beobachtung ist überall gemacht worden, und man kann deshalb mit Recht behaupten: Will man den Schnapsaufstand bekämpfen, so muß vor allen Dingen den Brot- und Fleischverbrauchern das Handwerk gefestigt werden.

Was muß also eine vernünftige Sozialpolitik thun? Ist es noch nötig, hierauf ausführlich zu antworten? Aus volkswirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Gründen muß mit der heutigen agrarischen Politik gebrochen werden. Mit Millionen Stimmen müssen die deutschen Arbeiter in den Ruf ausbrechen: „Nieder mit den Lebensmittel-Wucherern, die sich am Markt des Volkes nähren, die das Volk dem Hungertode nahe bringen, während sie selbst im tollsten Zugwaggon weggleiten!“ Möge dieser Ruf der Regierung donnergleich in die Ohren gellen!

Vom Landarbeiterelend.

Ein klassisches Beispiel über die Lage der Arbeiter in den Gebieten der Überzöllner liefern die Güter des Rittergutsbesitzers, Kammerherrn v. Oldenburg auf Januschau, der bekanntlich vor einigen Monaten das Reichstagssmandat für Ebing-Marienburg eroberte. Der Herr Baron (der auch Vorsitzender der Landwirtschaftskammer und des Bundes der Landwirthe in Westpreußen ist) nennt fünf Güter und eine Försterei sein eigen. Drei große Schafherden und der stolze Herrscher legen Zeugnis für den Wohlstand des Herrn von Januschau ab. Aber ein Insinuier dieses stolzen Rittergutes erhält neben „freier Wohnung“ und „Deputat“ einen Tagelohn von 50 Pf., d. h. nur im Sommer, im Winter erhält er gar nur 40 Pf. Ein verheiratheter Knecht erhält ebenfalls Deputat und freie Wohnung und einen Jahreslohn von 90 Mark. Das „Deputat“ besteht in einem Stück Kartoffelfeld, das der Arbeiter am Sonntag für sich selbst bearbeiten kann, da er die Woche über keine Zeit hat, ferner in einigen Füchsen, Sträuchern und Töpfen und in einer bestimmten Quantität Korn, Erbsen und Gerste. Die „freie Wohnung“ besteht in einer einstöckigen Stube, einer Kammer, einem Keller, etwas Bodenraum und einem Stall. Die „Wohnung“ ist allein dafür bestimmt, was man auf den Gütern des Herrn von Oldenburg unter „freier Wohnung“ für die Gutsarbeiter versteht. Die Wände der Stube sind — der

größeren Einfachheit halber — mit Kalk getüncht, die Decke besteht aus Brettern, deren Tünche sich sehr wirksam verfärbt, der Fußboden verleiht der Wohnung einen besonders ländlich-idyllischen Charakter, er besteht aus gestampftem Lehmboden! Die Kammer ist unbewohnbar. Die Stube wird von der Familie und dem Scharwerker gemeinsam bewohnt, was sehr wesentlich zur Erhöhung der ländlichen Sittlichkeit beiträgt. Das Grunzen eines Schweines erinnert daran, daß der Schweinehals sich unter demselben Dache befindet. Der Keller soll nach der dem Schreiber gewordenen Erklärung zu Seiten voller Fauche stehen und wird darum nicht benutzt.

Für alle diese Herrlichkeiten haben aber die Gutsarbeiter noch folgende Verpflichtungen gegen den „Herrn“: 1. Ihre Frauen müssen in der Sommerzeit täglich einen halben Tag für den frustlichen Lohn von 30 Pf. gleichfalls in die Arbeit gehen; 2. jeder Insinuier und jeder Knecht muß mindestens noch einen „Scharwerker“ für das Gut stellen, der von dem Gutsarbeiter in der Regel mit 90 Pf. pro Jahr bezahlt wird, während derselbe dafür das magere „Deputat“ des Scharwerkers und den wahrhaft königlichen Lohn von 40 Pf. pro Tag in Baar vom Gute erhält! Die verheiratheten Gutsarbeiter seien darum zu, sobald als möglich ihre heranwachsenden Kinder in das „Scharwerk“ zu schicken, um so den „theueren“ jungen Arbeiter-Dorido erscheint aber erst im richtigen Bichte, wenn man erfährt, daß Herr von O. ein Schwager des bekannten Grafen Staniz ist, der bekanntlich die Noth der Landwirtschaft in den allerhöchsten Tönen zu malen weiß! Nur meint sowohl Herr Graf Staniz als Herr von Oldenburg nicht etwa die Noth der elend entlohnnten Landarbeiter, sondern die „Noth“ der feudalen Herren Mittergutsbesitzer, von der man jedoch beim besten Willen nichts zu entdecken vermag. —

Auf dem Neubrandenburger Bahnhof wurden 3 Schnitter und 6 Schnitterinnen von der Polizei angehalten; von Hohen-Bischendorf bei Bismarck natürlich eine Deputate eingelaufen, daß sämtliche Schnitter und Schnitterinnen (die alle aus russischen Polen waren) nach Hohen-Bischendorf zurücktransportiert werden sollten, weil sie dort „kontaktbedingt“ geworden waren. Von zwei Polizeibeamten sollte nun der Rücktransport bewerkstelligt werden. Als der Zug eintraf, sträubten sich alle Schnitter und Schnitterinnen mit voller Gewalt gegen die Waffe. Gebrauch machen mußten. Die Frauen weinten und schrieen, stießen dabei nieder, rissen alle Heiligen an. Es half aber alles nichts, die beiden Polizeibeamten entwanden den Schnittern die Vertheidigungsgegenstände, Sensen, Stöcke usw. und zwangen alle schließlich in eine Wagenabtheilung hinein. Ein Polizeibeamter hielt ihnen die Eihör und der andere die zweite Eihör fest und so ging die Fahrt los.

Welcher Züle von Wohlthaten müssen die polnischen Arbeiter auf dem genannten Gute theilhaftig geworden sein, daß sie sich mit Händen und Füßen wehren, dorthin zurückzulehnen.

Soziale Rundschau.

— Rückzahlung der Beiträge zur Invaliditäts-Versicherung. Eine Art Reichs-Sterbcliffe ist die Invaliditäts-Versicherung für alle diejenigen Versicherten, die aus der Versicherung keine Rente bezogen hatten. Das letztere wird nun bei den vielen Millionen Versicherten meistens der Fall sein, und weisen wir gerade deshalb darauf hin, daß in solchem Falle die hinterbliebenen das Recht haben, sich die Beiträge, die der Versicherte selbst geleistet hat, zurückzustatten zu lassen. Schon jetzt hat beispielweise die Summe für diejenigen Arbeiter, die seit Anfang der Versicherung ihre Beiträge bezahlt haben, eine anständige Höhe erreicht. Wohl die meisten Arbeiter werden die höchsten Beitragsmarken (30 Pf.) gelebt haben, das macht für die

Ein Schuß und 24 Prozent.

Die Vereinigte Guimmiabriken Hainburg-Wien vertheilen für das verflossene Jahr 24 Prozent Dividende gegen 20 Prozent im Vorjahr.

Erhofften hat sich der Fabrikarbeiter H. Er war am Guimmi ist reich befreit gewesen und hatte seitdem feste Arbeit nicht wieder gefunden. Er hinterläßt Frau und drei Kinder.

Sach. Anz. und Nachr. 9/9/02.

Zwei Pfennige mehr? Das Volk ist toll! Die Geißel wird zu unpräzise! Der helle Wahnsinn! Es ist das wär' So'n Kinderspiel — zwei Pfennige mehr! Die kreisige Sippe gesprießt am Gab' Hoch Altkönig und Dividende!

Siept die Maschinen und schließt das Thor! Thor mit dem Gott! Politiken davon! Gott sehn, wie die Bände sich roß dequent, Farben zu erziehen: Hünger gähnt! Wer meint? Hundest za ein Prozent!

Drei Bögen — dann hat der Löwe ein End'! Sie tragen zurück. Ihr Willensgruß: Ein Raden des Staatenhalters füg' Doch ausgespielt ist auf immerdar, Wer als Peper und Schäfer thätig war, Er keife bis an sein Lebensende! Güt die Sünde wider die Dividende!

Bergeliches Klopfen, verfehlter Gang, Fruchtloses Wühlen schon Wochenlang, — Aus hohlen Wangen grinst die Noth, — Daheim drei Kinder und kein Brod, — Zum Feiern verdommt die Schwulenhand, Und immer kein Ausweg und kein End!

Ein Blit, ein Krach — Ranghöcklein sein Wogen durch's niedere Kämmerlein. Er ziele sicher, er traf auch gut — Auf großes Unnen füllt sein Blut. Für den hat jetzt der Kampf ein End'! Um anderer Leute Dividende.

Der Aktienär im Brunkgemach Recht lächelnd das Börsenblatt in's Faß: Es strahlt vor Eonne sein Gesicht, Das macht der günstige Kursbericht. Gottlob! Es flog die Dividende! Von zwanzig auf vierundzwanzig Prozent!

Die Augen auf! Arbeiter, schau' her! Zwei Bilder, sieh! Was willst Du mehr? Zum Ueberstieg der Ueberstieg — Im engen Kämmerlein ein Schuß. Schaut her, die ihr den Zug nicht kennt: Ein Schuß und vierundzwanzig Prozent! Das Bild, das vergewisselad ein Armer vergaß, Nicht ruft's Dich zur Rache, Arbeitagnos! Doch allgemein ist's Dich hinein! Im Kämpfenden Bildern wachsende Reich'a! Dort thr' Deine Pflicht! Dann heißt es am End'! Kein Schuß, kein e vierundzwanzig Prozent! August 1902 - Hamburg.

selben eine Beitragsleistung von wöchentlich 15 Pf.
Nach dem langjährigen Bestehen dieses Gesetzes (bis Ende des Jahres 1902) macht dies aber schon die Summe von 85,00 Ml. aus, vorausgesetzt natürlich, daß der Versicherte sich stets in versicherungspflichtiger Beschäftigung befanden und stets Märkte gelebt hat. Das ist nun im Falle des Todes des Versicherten für die hinterbliebenen eine ganz respektable Summe, die sich um so mehr vergrößert, je länger die Versicherung dauert; wenn z. B. ein Arbeiter 20 Jahre seine Beiträge geleistet hat, so beträgt die Summe schon 195 Mark, und nach 30jähriger Beitragszahlung, und das wird später noch vielfach der Fall sein, ist sie bereits auf 390 Ml. angewachsen. Die Summe wird sich ja in manchen Fällen noch bedeutend höher stellen, da jetzt sogar Wochenmarken von 36 Pf. Wert gellebt werden. Auf diese sei hierbei aber noch ausdrücklich hingewiesen — weil es eigentlich die Hauptfrage bei der ganzen Frage ist. Die geleisteten Beiträge werden nämlich niemals, wie dies leider vielfach fälschlich angenommen wird, freiwillig, sondern nur auf Antrag der hinterbliebenen zurückgestellt; ein derartiger Antrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Ableben des Versicherten an die Versicherungsanstalt gestellt werden, nachher hat er keine Aussicht auf Erfolg mehr. Berechtigt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, sind die Witwe des Verstorbenen oder dessen Kinder unter 15 Jahren. Die Ansprüche auf Rück erstattung der Beiträge müssen bei der unteren Verwaltungsbörde schriftlich oder mündlich gestellt gemacht werden. Bei ledigen weiblichen Personen werden die geleisteten Beiträge nur an diese selbst und zwar im Falle der Bereitstellung, ebenfalls aber nur auf einen diesbezüglichen Antrag, zurückgezahlt.

Polizeiliches, Gerichtliches.

In Neumünster hatte der Hilfsklasser fahn am boaren Gelde und Material die Befestigung am 20.10. Markt geschädigt, außerdem eine Waschstuchmappe, ein Hilfsklasserbuch und Hilfsklasserstempel nicht abgeliefert. Er wurde angezeigt. Am 24. September hatte die Strafkammer in Kiel über ihn abzu urtheilen. Er war in allen Theilen geständigt, entschuldigte seine Handlungen aber mit familiärer Krankheit und bat um Entschuldigung der übermenschlichen Untersuchungshaft. Das Gericht sprach ihn von Untreue frei, wegen Unterschlagung erhält er vier Wochen Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.

Für das Vereinswesen von hoher Wichtigkeit ist eine Entscheidung, welche der Strafgerichtshof des Kammergerichts als höchster preußischer Landesstrafgerichtshof gefällt hat. Der Thatsatz war folgender: Der Vorsitzende und der Schriftführer des dänischen Vereins in Spencade, die Herren Anders und Sildor, haben bei Einziehung von Aenderungen im Mitgliederverzeichniß einige Unrichtigkeiten unterlaufen lassen und sind deshalb wegen Verletzung der §§ 2 und 13 des Vereinsgeuges unter Anklage gestellt worden. In den leichten Paragraphen heißt es, daß der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis sechs Monaten hinzutritt, wenn die Vereinsvorsitzende wissenschaftlich wichtige Statuten oder Verzeichnisse eingereicht oder wissenschaftlich unrichtige Auskunft ertheilt haben. Das Schöffengericht zu Spencade verurteilte die Angeklagten zu je 8 Tagen Gefängnis und je 80 Mark Geldstrafe. Die zweite Strafkammer des Landgerichts zu Flensburg nahm auf die von den Angeklagten eingelegte Berufung an, daß die Unrichtigkeit der Angabe nur auf einer Fahrlässigkeit der Angeklagten beruhe, brachte deshalb die Gefängnisstrafe in Betracht und belief es bei der in erster Instanz erkannten Geldstrafe. Das Berufungsurteil hielten die Angeklagten mittelst der Revision an, weil nach § 13 nur die wissenschaftlich falsche Angabe, nicht aber die Fahrlässigkeit unter Strafe gestellt sei. Der Oberstaatsanwalt trat der Revision bei, da das Gesetz wegen Ungenauigkeit in den Anmeldungen und Auskünften keine Strafbestimmung enthalte. Dem Urtheile des Oberstaatsanwalts entsprechend erkannte der Senat auf Aufhebung des angefochtenen Urteils und Freisprechung der Angeklagten. Die Kosten aller drei Instanzen, einschließlich der Berufskosten, wurden der Staatskasse auferlegt. Es wurde ausgeführt, daß der Vorsichtsrichter den § 13 des Vereinsgeuges völlig mißverstanden habe. Für Verschenk und Unnötigkeiten gebe es keine Strafe. Kommen solche Verschenk vor, siehe der Polizei das Recht zu, von den Vereinsvorständen Auskunft zu verlangen.

Von der Agitation.

Im Gau Braunschweig war eine Zahl öffentlicher Versammlungen veranstaltet zur Agitation für die Organisation. Referent war Redakteur Holzapfel aus Braunschweig.

Die soziale Lage der Hilfsarbeiter ist im ganzen Gau keine gute, da der Gedanke der Organisation noch zu wenig Anfang gefunden hat. Noch hat sich eine anfängliche Zahl bereits organisiert, aber die Mehrzahl steht noch immer interesslos der Organisation gegenüber, das muß natürlich anders werden. Der Besuch der Versammlungen war befriedigend, mit Ausnahme derjenigen in Boffenbüttel, Broitzem und Rüningen.

Die Broitzemer Kollegen hatten die Versammlung zu spät bekannt gemacht. Der Vorsteher in Rüningen wollte die Versammlung anfanglich nicht stattfinden lassen, später erlaubte er, daß sie von 8–10 Uhr stattfinden könne, damit jedenfalls die Rüninger nicht zur Riedertschkeit angehalten werden. Die große Behörde wacht doch über alles. Erwähnenswert ist vor Allem die Lage der Arbeiter in den Raals und Pfastersteinbrüchen des Harzes, sowie bei einem Theil der Arbeiter auf dem Güteramt in Thale, deren Lage bereits vergangenes Jahr im "Arbeitsatlas" geschildert wurde. Eine der Gefährlichkeit ganz besonders nachteilige Arbeit ist die der Arbeiter bei Ringofen. Bald sind diebetrieb übermäßiges Feuer, bald der kalte Wind ausgelegt, und doch ist der Lohn nicht erheblich. In der Raffinerie, wo die Arbeiter des amerikanischen Staates wegen stundenlang stand und laufe verbringen, erhalten dieselben einen Tagelohn von 240 Mark. Ein ganz erheblicher Theil arbeitet oft Stundenlohn vom Wohnort entfernt, so daß die Arbeiter während ihres Arbeitens am selben Tag keine kommen. Das neuartige Familienleben! Es erwähnen sind ferner die Vergütungen der Hilfsarbeiter bei Südbaden, wo die Arbeiter trotz der gefährlichen Arbeit täglich nur 3,10 Mark verdienen. Trotzdem sind diese Arbeiter schwer für die Organisation zu gewinnen. Einige der Arbeiter kann man als bishin bezeichnet, während in Boffenbüttel, Rüningen, Südbaden noch ein gutes Stück Arbeit im Ausbau der Organisation zu leisten ist. Im Ganzen ist der Organisationsgrad aber eingedrangt, und liegt es nun an den Kollegen allerorts, für die weitere Ausdehnung der Organisation Sorge zu tragen, denn kann die guten Folgen der Organisation nicht aufzuhören. —

Auf Veranlassung des Gauvorstandes von Rheinland und Westfalen sprach Brey in einer Reihe von Versammlungen, deren erste und am besten besuchte am 27. September in Wiesbaden a. Rhein war. Brey sprach über die Lage der Arbeiter und die Probleme der Gewerkschaftsbewegung. Es liegen sich 10 Personen aufnehmen.

Am folgenden Tage, Donnerstag, war eine Versammlung in Kupferberg. Das ist einer von mehreren Orten, in denen viele Kollegen, welche in der chemischen Industrie beschäftigt, Wohnung haben. Die Versammlung war schlecht besucht. Ein Wunder! Die Arbeiter der Farbenfabrik waren. Fiedler u. Beyer, die Arbeiter der Glasfabrik der chemischen Fabrik Kiesheim, denen man mit besonderem Nachdruck zum Verdacht brachte, daß sie belohnt werden, gehen am Tage zu keiner Versammlung. Diese hätte am Abend sein müssen, wo die Dunkelheit eine Kontrolle der Versammlungsbesucher verhindert oder doch sehr erschwert. Auch das Thema war kein solches, doch es ist die im Fazit kommenden Kollegen einen soliden Anteil hätte ausüben können, um sie trotz der Überwachung in Biel zum Besuch der Versammlung zu veranlassen. Man hatte nämlich dem Dr. Brey das Thema zur Behandlung geküßt: "Die Gewerkschaften im Jahre 2000". Der Gedanke daran, daß man ihm die Prophezeiung antrete, zu wissen, wie nach 100 Jahren die Gewerkschaftsbewegung aussieht wird, wird ihm die Brust nicht wenig mit Stolz aufgestößt haben. Er rechtfertigte dieses Vertrauen nicht, sondern er redete über: "Die Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie", und er war wohl daran. Er fand so wenige Leute in den spärlich besuchten dunklen und unverheilten Büdchen. Es ist nicht unsere Art, den Gauvorständen öffentlich Bob oder Tadel anzusprechen. Wir nennen immer an, sie thun ihre Pflicht, und wenn es ihnen einmal nicht gelingt, Versammlungen voll zu ziehen, dann hatten sie sich vielleicht in den Mitteln zur Propagierung für die Versammlung verzerrt. Dieses Mal müssen wir allerdings einen Tadel aussprechen. Ein Gauvorstand muß die "Intimitäten" seines Agitationsbezirkes leicht kennen, daß solche Missgriffe beuglich der Tagungsstunde der Versammlung und des Themas vermieden werden. War die Versammlung in Kupferberg Abends, und war den Kollegen das Thema bekannt, über das Brey wirklich redete, dann hatten wie ein volles Haus und brauchten uns nicht mit vier Aufnahmen zu begnügen. — Die Firma Farbenfabrik normal Fiedler u. Beyer, die in den Jahren 1892 bis 1900 ihren Aktienkunden eine Dividende von 18 Prozent, im letzten Jahre sogar 20 Prozent aufgewiesen, scheint leider nicht um den Ruhm zu geben, in der Ausstattung ihres Betriebes zu Gunsten der Gewinnlichkeit des Arbeiters dasselbe zu leisten, was sie für ihre Akteure leistet. Mannigfache Fragen wurden in der Versammlung laut. Die Begehung schwank zwischen 2,60 Ml. bis 3 Ml. Über die Gelegenheit zum Baden wird von den Kollegen sehr gelagt. Die Badeeinrichtungen sind so unzureichend, daß erstens sehr viele Kollegen bereits gebrauchtes Wasser benötigen, außerdem aber auch nach Feiertag 1/2 bis 1/4 Stunden noch auf das Bad warten müssen. Ohne daß die hohen Dividenden irgend gefährdet würden, könnte die Firma erstmals die Badeeinrichtungen vermehren, zweitens den Badenden 15–20 Minuten früher freizugeben. Der Zweck eines Bades wird ja vollständig in Frage gestellt, wenn man Wasser benötigen soll, das bereits mit den verschiedenen chemischen Stoffen durchsetzt ist. Einem Vorarbeiter, Schönen ist sein Name, wurde in der Versammlung der Vorwurf gemacht, daß er, wenn wir nicht irren, in der Ende 82 einen Arbeiter beauftragt habe, die Butterbrote der Arbeiter einzufangen — um sie ins Feuer zu werfen. Der Grund zu diesem sonderbaren Beginnen ist, daß die Arbeiter ihr Brot nicht in den gefährlichen Arbeitsräumen liegen lassen sollen. Von sanitären Standpunkt ist es nur zu wünschen, daß die Arbeiter ihre Nahrungsmittel so auszubringen können, daß sie vor Staub und Schmutz, aber auch vor Schmutz fremden Fingern sicher liegen. Aber dann muß man selbst mit gutem Beispiel voran gehen und weiter nach der Schram so liegen, daß er von den Leuten während der kurzen Pausen rasch erreichbar ist, im Raum selbst muß für jeden Arbeiter ein verschließbares Spind vorhanden sein. Jedenfalls ist es ein Unsrecht, wenn man den Arbeitern die Nahrungsmittel neignimmt, um sie zu verbrennen. Unter allgemeiner Heiterkeit wurde mitgeteilt, daß auch vereinfachend das Brot des Vorarbeiter die Vernichtung in den Flämmen erleiden müsse. Demnach ging der Vorarbeiter mit gutem Beispiel nicht voran! In der Versammlung war wieder jener Mann anwesend, von dem es die Spazier auf den Dächern pfeifen, daß er der Fabrik für eine jedesmalige Vergütung von 3 Ml. berichtet, wer in den Versammlungen anwesend ist, wer spricht und was gesprochen wird. Mit einer geradezu stumpfsinnigen Gleichgültigkeit ließ der Mann mit dem traurigen Erwerbe all die hinteren Vorwürfe über sich ergehen. Über die Adresse, an welche die Bemerkungen gerichtet waren, konnte er nicht im Zweifel sein. Am Nachmittag desselben Tages wurde in Düsseldorf eine Versammlung abgehalten, die zu der Aufnahme von 8 Kollegen führte.

Am Montag Abend fand eine Versammlung in Köln-Ehrenfeld, in der sich 2 Personen aufnehmen ließen. Auch der Besuch dieser Versammlung ließ zu wünschen übrig.

Am Dienstag sollte eine Versammlung in der Domäne des Kanonenknigs Krupp, also in Essen sein, sie war aber gar nicht einberufen worden. Die Kollegen in Essen hatten am 14. September die Nachricht erhalten, sie sollten am 1. Oktober eine Versammlung einberufen. Sie glaubten aber, es müsse der Sonnabend sein. Sie veranstalteten daher unter Gewinnung eines anderen Referenten eine Versammlung für den 27. September und es erschienen drei Personen. Offenkundig glauben sie es nun, daß es der Tag allein nicht ist, sondern daß der gute Besuch einer Versammlung nur durch genügende Bekanntmachung garantirt wird.

In Hagen, am Sitz des Gauvorstandes, waren am Donnerstag, den 2. Oktober, um 10 Uhr Abends gerade 25 Menschen anwesend, von denen mehr als die Hälfte bereits in anderen Verbänden organisiert war, die andere Hälfte bestand wiederum halb aus Mitgliedern. Daß es in Rheinland und Westfalen schwer ist, zu agitieren, zu organisieren, davon kann man überzeugt sein, aber besser könnte es auch für uns sein, wenn unsere Kollegen nicht gar zu sehr sich in die Vorstellung verliebt hätten, alles Agitieren möge doch nichts. Wenn der Gauvorstand die doppelte Energie enthalten wollte, weniger von Zweifeln und Bedenken aller Art sich quälen ließe, dann hätten wir nicht nur in Hagen mehr als ein Dutzend Mitglieder, auch die übrigen Zahlstellen müßten einen anderen Mitgliederbestand aufweisen. Die Bergarbeiter überwinden doch die Schwierigkeiten; damit ist der Beweis geleistet, daß letztere zu überwinden sind, wenn der eiserne Willen da ist. Offenbar stellt dieser sich bald bei unseren Kollegen ein.

Zur Aufschluß an den Parteitag referierte Endes unterzeichnete in einer Reihe bürgerlicher Zahlstellen. Unsere Männer sind ferner die Vergütungen der Hilfsarbeiter bei Südbaden, wo die Arbeiter trotz der gefährlichen Arbeit täglich nur 3,10 Mark verdienen. Trotzdem sind diese Arbeiter schwer für die Organisation zu gewinnen. Einige der Arbeiter kann man als bishin bezeichnet, während in Boffenbüttel, Rüningen, Südbaden noch ein gutes Stück Arbeit im Ausbau der Organisation zu leisten ist. Im Ganzen ist der Organisationsgrad aber eingedrangt, und liegt es nun an den Kollegen allerorts, für die weitere Ausdehnung der Organisation Sorge zu tragen, denn kann die guten Folgen der Organisation nicht aufzuhören. —

answend, die in der Diskussion uns unter anderem den Begriff machen, wie seien nicht richtig. Als Beweis für ihre Behauptung gütten sie den Ausspruch Buelowius' in seiner Schlußrede auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart: "Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie sind eins, zwei verschiedene Wege nicht es nicht." Als wir den Wahlschluss für diesen Ausspruch antraten, ihnen nachzuweisen, daß alle Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Abschaffung des Werkertausches, der Versicherungsgesetz, Sicherung und Erweiterung des Roaktions-, Vereins- und Verbannungsrechtes u. s. w. zur einzigen und allein energisch von der Sozialdemokratie vertreten wird, und was bisher an diesem Gebiete erreicht, nur ihr zu dienen ist, und als die Christlichen dabei ein böses Sündenregister des Zentrums zu hören bekamen, erklärten sie ganz naiv, daß sie mit der von ihnen angeschnittenen Frage nichts zu thun. Wie von den Christlichen die Neutralität in München gekämpft wird, darüber lassen ihnen der Münchener Vertretermann, Genosse Krieger, sowie der Genosse Buer noch gehörig den Zett, so daß sie sich leicht Meinung abholen. Eine gutbesuchte Versammlung fand in Pasing im Lokal des Landtagsabgeordneten Schmidt. Zu derselben halten sich erstaunlicher Weise auch die Frauen zahlreich eingefunden. Unsere Landschützen Kollegen haben leider kein großes Lokal zur Verfügung und in dem zur Verfügung stehenden kleineren Lokale gestaltet die Behörde die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung nicht. So machten wir uns dann mit einer Mitglieder-Versammlung, zu der auch Gäste geladen waren, begnügen. Das Lokal war denn auch bald überfüllt. In das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion, die darin gipfelte, daß es Pflicht sämmtlicher Arbeiter sei, eine rege mündliche Agitation zu entfalten, um wieder ein lebhafteres Tempo in die Bewegung am Orte zu bringen und sich wieder ein Lokal zu erringen. Glänzend besucht war die Versammlung in Melsbach, zu der die Besucher studentisch aus Hausham und Schliersee herbeigelaufen waren. Mit sichtlichem Interesse lasen die Geraffneten dem Vortrage. In der Diskussion kritisierte unser Kollege Speier die überaus traurigen Verhältnisse in den Kapell-Orten, während der Genosse Bortenkämper die Auskunft — Berglaune gezielt. Prächtig besucht war auch die Versammlung in dem herrlich gelegenen Gau und Land Eggersle. Hier wie in Wiesbaden hat die Versammlung einen durchaus malerischen Anblick in ihrer bunten Zusammensetzung. Da sind Frauen und Mädchen in ihrer leidlichen Bandesträume mit den Kunden ältere, die als einziger Schmid eine Adlersfeder zierte. Da sind die Männer, meistens kräftige, sommerbraune Gestalten in der schönen Tracht des Geißelers und dazwischen wieder Andere in der modernen, aber durchaus nicht leidlichen Tracht der Städter. Alle vor sich kleinen Kleider mit dem edlen Gesichtsausdruck. Eine einzigartige Neuerung waren hier zu verzeichnen. War die Zahl der Neuaufnahmen in den einzelnen Orten, die Versammlungen auch nicht so groß, so ist doch zu hoffen, daß dieselben zur inneren Festigung und Stärkung der Zahlstellen ein Weniges beigetragen haben.

Bouise Bieg.

Eine Konferenz des 18. Gaues

trugte am Sonntag, den 28. September, in der Lamberti-Halle in Bielefeld. Vertreten waren die Zahlstellen Bremen, Delmenhorst, Bremen, Burgdamm, Woltmershausen, Hörde, Heideried, Georgsmarien, Stade, Werl und Bielefeld durch je einen Delegierten, sowie der Gauvorstand. Der Gauvorstand Martens-Harburg eröffnete die Konferenz um 11½ Uhr Donnerstag, und hiess die Delegierten herzlich willkommen. Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes erstellte Martens-Harburg. Derselbe führte aus: Unsere Agitationsarbeit war auch im letzten Jahre von der wirtschaftlichen Krise sehr beeinflusst. Trotz eisiger Arbeit sei eine Zuwachs der Mitglieder nicht zu konstatieren. Einzelne Unternehmer benützen die schlechten Gewerbsverhältnisse, die Organisation zu schädigen. In Harburg sei sogar von einzelnen Unternehmern Austritt aus dem Verband verlangt. Mit Zwang würdet die Mitglieder in die von den Unternehmern gegründeten Organisationen hineingetrieben. Durch die Ausprägung im Baumgewerbe seien unsere Mitglieder in Harburg und Willemsburg auch in Mitleidenschaft gezogen, was dem Verband große Kosten verursacht habe. Öffentliche Versammlungen seien im Gange vom Gauvorstand 16 arrangiert. Die Versammlungen waren in den meisten Städten recht gut besucht. In Willemsburg und Burgdamm wurden neue Zahlstellen gegründet, dagegen sind die Zahlstellen Winsen a. L. und Schwabhausen wieder eingegangen. Hausagitationen seien in Delmenhorst, Bielefeld, Stade und Winsen vorgenommen worden, und zwar mit Erfolg. Diese Agitation könnte aber am besten von den Mitgliedern am Orte vorgenommen werden. Die Kollegen sollten deshalb dort, wo die Verhältnisse es gestatten, jedes Jahr mindestens einmal Hausagitation vornehmen. Die Zahl der Mitglieder im Gau beträgt jetzt 4369, gegen den Vorjahr 180 weniger. Bei Neugründungen von Zahlstellen sei Vorsicht geboten; in Orten, in denen die Industrie noch nicht entwickelt sei, kann man schwer die leitenden Personen bekommen. Wo aber keine ordentliche Leitung vorhanden sei, kann man auch auf keinen Erfolg rechnen. Die erste Vorbedingung bei Gründung neuer Zahlstellen müsse die Sicherheit sein, daß auch die leitenden Personen vorhanden sind. Eine Agitation unter den Geißelarbeitern an der Unterelbe war beachtigt, konnte jedoch in diesem Jahre nicht ausgeführt werden. Briefe wurden abgesandt 71, Karten 58, Drucksachen 34, Depeschen 3 und Geldsendungen 2. Rathmann a. Willemsburg sprang früh an, ob den Zahlstellen-Baumten in den Orten, die Zahlstellen eröffnet, ein solches vom Gauvorstand zugestellt sei, das sei doch Beschluss der vorigen Konferenz. — Martens erklärt: Dieser Beschluss kann nur dann ausgeführt werden, wenn man überzeugt ist, daß die Kollegen ibs Blatt ernst nehmen und auch das Parteiblatt lesen, sonst hätte das Blatt seinen Zweck verfehlt. — Düsseldorf-Bremen: Die Hausagitation muss von ortsfestigen Kollegen betrieben werden, denn diese kommen mit den Leuten öfters zusammen und können in Folge dessen besser und erfolgreicher arbeiten. Die Klage über unzuverlässige Zahlstellen-Baumten ist berechtigt. Es muß hier Abbühl gelassen werden und es wird notwendig sein, den Vorstandsmitsgliedern eine kleine Vergütung zu gewähren. Dann wird es leichter sein, wichtige Leute zu bekommen. — Stade-Delmenhorst: Bei uns ist die Mitgliederzahl von 300 auf 260 zurückgegangen. Die Geißelarbeiter gründeten eine Zahlstelle und sind in diese ca. 40 Mitglieder von uns eingetreten. — Sodann gibt Böger-Harburg den Rassensbericht. Einnahme: 931,98 Mark, Ausgabe: 509,28 Mark, Rassensbestand: 232,71 Mark. Nachdem sodann die Rassoren die Richtigkeit der Rasse festgestellt, haben die Zahlstellen die Rassoren unterzeichnet. — Im zweiten Punkte der Tagesordnung: Situationsberichte der Delegierten über die örtlichen Verhältnisse in den Zahlstellen. Schätzte Bremen, W. a. C. a. aus, daß die Arbeiterbewegung in Wanne und Hemmoor in früheren Jahren eine bessere war. Durch Maßregelung der leitenden Personen und durch die Saisonarbeit sei es nicht möglich, dort einen jungen Mitgliedsbestand zu halten. Der Delegierte aus Burgdamm berichtete, daß sie bei der Agitation mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, aber mit Hilfe der Beamten Kollegen würden sie dem Verband neue Mitglieder zuführen. So die Zahlstellen-Hanau: Eine erfolgreiche Agitation sei unter den Geißelarbeitern unternommen worden. In einer Versammlung, in der Frau Gieb-Hamburg referierte

sollte, hätten selbst die Blätterbesitzer den Arbeitern empfohlen, die Versammlung zu besuchen. Als nun die Arbeitern von ihrem Rechte, sich zu organisieren, Gebrauch machen, hielten es die Blätterbesitzer für notwendig, auch für sie eine Organisation zu gründen. Bei einer Revision in den Blätterbetrieben habe man gefunden, daß des Sonnabends bis 2 Uhr Nachts gearbeitet werde. Die Unternehmer hätten, da nun eine Organisation für die Blätterarbeiter bestände, den Vohn schon aufgebessert. Unserer Organisation stehe an diesem Orte noch ein großes Arbeitsfeld offen. Stattd. Delmenhorst: Unsere Zahlstelle hat jetzt einen Mitgliederbestand von 260. Die Agitation sei in Delmenhorst aus dem Grunde schon sehr schwierig, weil wir mit verschiedenen Nationalitäten zu rechnen hätten: Böhmen, Kroaten und Galizien, die beiden Bevölkerungen seien außerordentlich bedürfnislos. Auch hier sei die Agitation und Ausklärung noch sehr notwendig. — Auf Antrag Bedemann wurde beschlossen, den Punkt: „Innere Verbandsangelegenheiten“ mit auf die Tagesordnung zu setzen. Derselbe führte aus, daß nach den Beschlüssen des diesjährigen Verbandstages die Täglichkeit des Gauvorstandes beschränkt worden sei. Auch sei es den kleineren Zahlstellen unmöglich gemacht, die jährlichen Konferenzen zu beschließen. Durch welche Beschlüsse? Beide Behauptungen sind falsch! Was für die Täglichkeit des Gauvorstandes und die Beschildung der Konferenzen heute gilt, das hat auch schon vor dem Verbandstag gesagt. (D. R.) Die Hannoversche Zahlstelle habe auch Kritik an den Beschlüssen des Verbandstages geübt. Die „Argumente“ welche der Kollege Brey im „Proletarier“ gab, seien nicht im Interesse des Verbandes. Natürlich nicht! Über das Protestieren gegen Verbandstagsbeschlüsse, das ist im Interesse des Verbandes. (D. R.) Der Gehaltssteigerung der Beamten müsse endlich Einhalt geboten werden. Martens erwähnte hierauf, der Beschluß des Verbandstages, wonach für Zahlstellen über 100 Mitglieder von den Gauvorständen keine Ausgaben mehr gemacht werden dürfen, sei kein Fehler. Bei Gründung der Gau sei es nicht die Absicht gewesen, für Zahlstellen, die aus eigenen Mitteln die Kosten der Agitation tragen können, Auswendungen aus der Gaukasse zu machen. Die Summe, welche die Gauvorstände für die Agitation ausgegeben hätten, sei ziemlich hoch. Über die Diskussion in der Hannoverschen Zahlstelle habe er sich gewundert. Die Beschlüsse des Verbandstages seien nach reiflicher Überlegung gefaßt und es liege absolut keine Berechtigung vor, derartig vorzugehen, wie man in Hannover verleihe habe. Was die Gehaltsfrage anbelte, so habe der Verbandstag eine Skala aufgestellt und brauche man sich nur nicht auf jedem Verbandstage mit dieser Frage zu beschäftigen. 1800 Mark Ansangsgehalt sei wahrlich nicht zu hoch, zumal wenn man berücksichtige, welche aufwändige Täglichkeit unsere Beamten zu verrichten hätten. Andere Verbände hätten ihren Angestellten schon längst höhere Gehälter gezahlt. Nach längerer Debatte fand dann folgende Resolution Annahme: „Die Konferenz des 18. Januari beschließt, daß den Delegierten solcher Zahlstellen, die nicht in der Lage sind, die Kosten der Gaukonferenz zu tragen, dieselben vom Gauvorstand erstattet werden, soweit derselbe nach dem Beschluß des Verbandstages in Offenbach a. M. befugt ist, Ausgaben für die Zahlstellen zu machen.“ (Das Gaureglement bestimmt seit dem Bestehen der Gau folgendes: „Die Kosten der Delegierten bestreiten die zur Teilnahme an der Konferenz berechtigten Zahlstellen aus den ihnen zur Verfügung stehenden lokalen Mitteln.“) Mit dieser Bestimmung steht der gefaßte Beschluß in Widerspruch und kann selbstverständlich nicht zur Ausführung gebracht werden. (D. R.) — Über die bevorstehende Urabstimmung zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung entpann sich gleichfalls eine sehr lebhafte Debatte. Alle Redner waren der Meinung, daß einem jeden Mitgliede ein Stimmrecht eingeschärfzt werden möch, damit ihm die Möglichkeit gegeben wird, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Dieser Punkt endigt mit der Annahme eines Antrages, wonach der Gauvorstand ersucht wird, vor der Abstimmung noch ein Plenum herauszuziehen. — Der Sitz des Gaus bleibt in Gardeburg. — Die nächste Konferenz findet in Wilhelmshaven statt. — Hiermit sind die umfangreichen Arbeiten der Konferenz erledigt und dankt der Vorsitzende den Lüneburger Kollegen für die freundliche Aufnahme. Auch die Delegirten mögen, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, für die Fortsetzung des Verbandes nach besten Kräften Sorge tragen. Mit einem kräftigen Hoch aus das ferne Gedächtnis unseres Verbandes wurde die Konferenz geschlossen.

Schreiben.

Berlin. Einen Erfolg können wir von hier melden. In der allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft haben die Doctor des Lagers I, Düsseldorf, durch Verhandlungen mit der Direktion eine Erhöhung ihres Gehaltes um 2½ Pf. pro Stunde erreangen. In Berlin kommen 25 Kollegen, die alle unserer Organisation angehören. Die Veranlassung zu dem Vorgehen unserer Kollegen waren die leidigen Überstunden. Es wurde ihnen das Anfingen gestellt, Überstunden im Lager II zu machen; da aber die Doctor dieses Lagers einen Gehalt von 20 Pf. pro Stunde erhielten, die Doctor des Lagers I über nur 25–37½ Pf., so wurden die Überstunden mit Hinweis auf diesen Unterschied von unseren Kollegen vermieden. Einem Bescheid erwarteten unsere Kollegen bis gegen Abend. Derselbe blieb über uns, und nun gingen sie mit einer Fortsetzung von 5 Pf. pro Stunde Erhöhung ihres Gehaltes vor. Nach einigen Verhandlungen mit dem Vorsteher des Lagers I einzogen sie sich auf 2½ Pf. pro Stunde Zulage. Dies muß den Bedifferenzen so recht zeigen, daß durch festes und treues Zusammensetzen sich viel erreichen läßt, und sei es auch nur in einem Teile eines großen Betriebes. — Und wiederum müssen wir auf der Konferenz darüber aufmerksam (normalerweise Schering), Wallstraße 170/71, befinden. Diese Habitus hat unseres Verbandes schon viel Geld durch Wahlregelungsunterstützung gefloßt. Im Mai vorangegangenen Jahren wurden drei Kollegen von uns bei der Direktion vorherlogt wegen Bildung eines Arbeiterausschusses. Es wurde ihnen erwidert, daß die Verhandlungen in dieser Fabrik so liegen, daß ein Arbeiterausschuss gar nicht notwendig wäre, und unsere Kollegen warten aufeinander aus Spätesten gesetzten. Die notwendig aber ein Arbeiterausschuss in dieser Fabrik wäre, beweisen zwei Unglücksfälle. Im Juni dieses Jahres vorausgegangen ein Kollege von uns lebensgefährlich durch Überdosis einer Narkose. Sondern daraus war, daß der Arbeiter mit zweitem Tod bestraft wurde. Er soll auf der Stelle mit Karbonat eingeschossen und zu gleicher Zeit Schweiß haben. Dieser Kollege liegt noch heute im Krankenhaus. Am zweiten Unfall waren 3000 Mark. Eine Sparsumme von 1000 Mark wurde auf 2½ Pf. pro Stunde jetzt erhöht. Am 4. Oktober wurde ein Arbeiterausschuss im Alter von 15 Jahren eingestellt und an der Bande festgelegt. Der junge Mann hat sich den Namen der rechten Hand selbständig abgeschritten. Wer trägt die Schuld an den kranken Unfällen? Indirekt die Kollegen dieser Fabrik selbst. Ihre Erfahrung ihrer Tage wird auch solange nicht einstreuen, als sie sich unserer Organisation nicht angeschlossen. —

Zwickau. Hier trat am 4. Oktober eine öffentliche Besammlung. Referent war Gewerkschaftsleiter aus Bamberg. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbüros hatte für viele Jahre gearbeitet, die Gewerkschaft auf den verschiedensten Gebieten in die Besammlung zu bekommen, leider war der Erfolg für die zugesammengesetzte Stütze gleich Null. Es waren nur den in Bamberg ansässigen Personen ganze vier Männer erschienen, die aber trotz aller Bemühungen sich nicht dazu veranlassen konnten, in

den Verband einzutreten. Die übrigen Theilnehmer der Besammlung (45 an Zahl) rekrutierten sich aus Brauern, Webbern, Holz- und Metallarbeitern, die zum größten Theil ihren Berufsausbildungen angehörten. Es ist in dem schmargen Rest außerordentlich schwer, die Arbeiter in die Organisation zu bringen, denn was heute gewonnen wird, das zerfällt morgen der Arbeiter auf Jahre hinaus wieder; es wird deshalb auch noch lange dauern, ehe für die Gewerkschaften in solchen Orten fester Fuß gesetzt werden kann.

Dortmund. In der Besammlung am 24. September wurde der Kollege Ehret als Delegierter zu der am 12. Oktober in Bölgendorf tagenden Gau-Konferenz delegiert.

Aus der Sache des erlebten lokalen Angelegenheiten ist noch erwähnenswert die Errichtung einer Anzahl von Zahlstellen auf hiesigen Eisenbahnhöfen. Darauf ließen sich 30 Kolleginnen aufnehmen.

Gebesuch. Protesterhebung gegen den Beschluß vom 6. ordentlichen Verbandstag, betreffend Einsetzung von besoldeten Gauvorständen. Gründe: Unserer Erachtung ist es überhaupt überflüssig, besoldete Gauvorstände anzustellen; bislang hat es sich ganz gut ohne besoldete Gauvorstände bewährt, denn die Agitation wird doch durch Referenten besorgt. Der Rothschreit: „Thut Geld in Euren Streikfonds“ würde schon weniger oft ausgerufen werden müssen, wenn die 8200 Mark Gehalt dem Streikfonds überwiesen würden. 1. Wir fordern hierdurch sämtliche Zahlstellen, welche unsere Meinung teilen, auf, Protest zu erheben und dahin zu wirken, daß in nächster Zeit ein neuer Verbandstag einberufen wird. Auf jedem Verbandstag wird an uns herangetreten mit Beitrags erhöhung, welche hauptsächlich den angestellten Beamten zu gute kommt. 2. Unseres Erachtung wäre es besser, wenn das Geld für Agitation in den kleineren Zahlstellen verwaist würde. Wenn wir so fortfahren, werden wir nicht vorwärts, rückwärts gehen. —

Die Mitglieder.

(Festschrift der Redaktion: „Wir sind ja nun überzeugt, daß nicht die Mitglieder in ihrer Gesamtheit mit dem Protest einverstanden sind, noch nicht einmal die einfache Mehrheit, geschweige denn die absolute, in einem anderen Falle geforderte 2/3-Mehrheit. In Hannover waren es von allen vier Zahlstellen mit annähernd 1100 Mitgliedern genau 72, auswendig abzählbar, die für die Resolution stimmen.“) In Bölgendorf ist das Verhältnis gerade so. Die Verbandsgenossen werden den Proletären die ihnen gehörende Würdigung schon angedeihen lassen.)

Zorgan. Eine leidlich besuchte Versammlung fand am 6. Oktober. Kollege Schulze, Leipzig, sprach über das Thema:

„Wie ist die wirtschaftliche Krise zu besiegen?“ Die treffenden und klaren Ausführungen des Referenten fesselten die Anwesenden und überzeugten mehrere der erschienenen Nicht-

mitglieder von der Notwendigkeit der Organisation, so daß sie derselben beitreten. Von entlegenen Ortschaften zur Versammlung erschienen Arbeiter ausserdem den Wunsch, in ihren Orten

selbst durch Abhaltung einer Versammlung Mitglieder zu werben. An den Vortrag schloß sich eine rege Debatte. Ein Kollege von Damitz erzählte, wie vor längerer Zeit seine

Arbeitskollegen mit ihm in einer Fabrik seines Ortes die Arbeit niedergelassen, und der Direktor sich schließlich, nachdem er sich bei seinem Aufsichtsrath Instruktionen geholt, sich mit ihm über die Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, geeinigt hatte. Als aber der Genosse seinen Kollegen die Siegesnacht unterbreiten wollte, mußte er die traurige Wahrnehmung machen, daß ein Theil derselben die Zeit, während er mit dem Direktor verhandelte, dazu benötigte, die Arbeitssättte auszuüben. Als er nun wieder zum Direktor kam, um, wie verabredet, die neuen Bedingungen schriftlich abzuholen, wurde ihm die Thür gewiesen. Das war die Folge, weil seine Kollegen unorganisiert und unaufgelistet waren. Ein anderer Kollege fragte an, wie es komme, daß bei den „Seelinea“ seiner Bauforma, welche die Festigungswälle befestigt unterminiert werde, so daß schon mehrfach schwere Unglücksfälle — in einem Falle sogar mit tödlichem Ausgang — vorgekommen seien. Aus der Debatte schien hervorzuergehen, daß die Arbeitsteilung, wie sie dort vorherrschend ist, nicht einwandfrei sei. Der Referent sprach die Erwartung aus, daß der Organische Polizeichef durch den Ueberwachenden von dieser Debatte Mitteilung erhalten werde. Im Ganzen herrschte ein reger Geist in dieser Versammlung. Hoffentlich war es kein Strohfeuer.

Arbeiter-Bildungsschule Gewerkschaftshaus, Engel-

Lehrplan für das IV. Quartal 1902.

Montag: National-Oekonomie (Geld und Währung); Vor-

tagender: Schriftsteller Georg Bernhard.

Mittwoch: Natur-Erkenntniß (Die Entwicklung des Weltalls und das soziale Leben der Thiere); Vortragender: Schrift-

steller Dr. Rud. Steiner.

Donnerstag: Geschichte (Geschichte des Sozialismus seit dem Alterthum, mit besonderer Berücksichtigung der Staatsversäumnisse); Vortragender: Schriftsteller Max

Schütte.

Freitag: Rede-Lektüre (Liebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Oekonomie: Montag,

den 13. Oktober; Natur-Erkenntniß: Dienstag, den 14. Oktober;

Geschichte: Donnerstag, den 16. Oktober; Rede-Lektüre: Frei-

tag, den 17. Oktober. — Jeder Kursus besteht sich auf zehn

Überlehrungen pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 1/11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen

Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag be-

trägt pro Kursus 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach

beträgt pro Kursus 1 Pf. und ist am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht Gedächtniss zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulhof des Gemeindeschul-

hauses, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Sr., und in nachstehenden

Zahlstellen: Göttinger, Admiralsstr. 4a; Stein, Barmann-

straße 42; Vogel, Demminerstr. 32; Kreuz, Müllerstr. 7a;

Paritz, Engel-Ufer 16.

Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterrinnen! Trete der Arbeiters-

Bildungsschule bei!

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 1. Oktober folgende Beiträge ein:

Groß-Hannoversche 8,30. Lübeck 1156,71. Rothenburgsort

1120,45. Bremen 256,73. Tegel 144,10. Schweinfurt 69,95.

Schlesien 578,80. Böhl 10,40. Sachsen 33,80. Rieden-

dodeleben 47,85. Prag 64,30. Hamm 928,35. Wilhelmshaven

688,55. Gladbach 210,49. Delmenhorst 243,65. Georgsmarien-

dorf 89,75. Lüneburg 225,75. Merseburg 3,--

Spiegel 189,45. Bremen 123,10. Groß-Gerau 23,10. Bitterfeld

a. Rh. 15,--. Göttingen 20,95. Calbe a. S. 61,03. Barmen

1780,60. Bünde 1,62,75. Auetal 59,75. Haldenrain 46,85.

Troisdorf 37,50. Rixdorf 33,50. Kiel 110,05. Güters-

loh 64,75. Sehnde 75,--. Meppen 135,57. Schöneberg 24,71.

Königsberg 263,45. Minden 8,93. Schönbach 14,40. Ober-

walde 29,90. Wesselburen 28,95. Stempen 10,05. Klein-Auheim 79,15. Germendorf 13,65. Udermünde 2,--. Rohrheim 33,50. Radeberg 31,45. Tannenstedt 16,95. Leipzig 307,02. Bremerhaven 580,36. Bremen 217,30. Uetersburg 157,07. Schleswig 107,--. Bruchsal 123,50. Riedberg 51,85. Herxheim 47,40. Biebrich a. Rh. 54,94. Gersheim 48,45. Frankenthal 219,05. Ingel-

burg 59,35. Bürgel 4,--. Bruckmühl 25,90. Seligenstadt 42,50. Linden 11,54,36. Charlottenburg 220,20. Neumünster 172,66. Mülheim a. Rh. 31,80. Halle-Nord 66,--. Hennigsdorf 138,45. Ottersen 193,26. Stockelsdorf 118,64. Hasselfelde 142,--. Lüneburg 120,43. Potsdam 96,45. Osnabrück 67,21. Einzelmitglieder 80,50 Pf.

Schluß: Dienstag, den 14. Oktober, Mittag 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärt Bücher.

Buch Nr. 40104, ausgestellt am 18. Juni 1902 in Ludwigshafen a. Rh., auf den Namen Joh. Höfer aus Altenberg lautend.

Buch Nr. 22275, ausgestellt für Karl Behmann am 16. November 1901 zu Velten.

Buch Nr. 91949, auf den Namen Heinrich Stahlmann, geboren am 15. November 1866, ausgestellt am 19. August 1900 in Linien.

Buch Nr. 44043, ausgestellt für Karl Brügge am 26. Juli 1902 in Neumünster.

Buch Nr. 39869, ausgestellt für Stan. Jakubowski am 9. April 1902 in Ueteren.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau I. (Sitz Hannover.) Vorsitzender: C. Monien, Klenzestraße 22 III.; Kassier: A. Stender, Linden, Bimmerstraße 58.

Ayndorf, Ferdinand, Gerber.

Baunen, O. Krause, Postplatz 4.

Büchstädt, (Gas 5.) Vertrauensmann ist Georg Beisch.

Eckendorf, A. H. Leder, Steinstraße 82, 1. Et.

Eisenberg (Pfalz). (Gas 14.) Georg Müller, Hauptstraße 7.

Fürstenberg i. W. Meckl.-Strelitz, Aug. Bortel, Schwedderstraße 7.

Geesbach, Joh. Bortel, Mühlstraße 7 b.

Hamburg-St. Georg. Bill. Babil, Steinstraße 42.

Beilage zum „Proletarier“.

Hannover, 18. Oktober 1902.

11. Jahrg.

No. 21.

Ginnahme.

श्रीमद्भगवत्.

Bezirksposten	Einnahme												Ausgabe											
	Gesamtbetrag			Gesamtbetrag			Gesamtbetrag			Gesamtbetrag			Gesamtbetrag			Gesamtbetrag			Gesamtbetrag			Gesamtbetrag		
	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf	St. spf
Schönbach	2.	-	-	510	8190	1	5	-	725	-	-	-	9530	-	-	2765	-	6040	725	9530	90	1	215	5
Schönborn	2.	423	-	30	45	-	-	465	-	191	-	4952	15	-	3453	-	3720	465	4953	36	-	115	19	
Seligenstadt	2.	-	-	50	5625	-	-	290	-	25220	-	25220	1875	-	2920	-	25220	29	-	145	15	-	-	
Selk	1.2	-	-	390	375	5	-	1945	-	4395	1718	-	191	-	1235	-	1152	290	4395	10	-	95	18	
Stadtamt	2.	-	-	450	25126	-	90	295	-	2765	53	-	15	-	845	-	16960	1940	2765	5	144	1	650	5
Städten	2.	-	686	60	3225	1	5	295	-	591	180	-	-	-	1110	-	2786	325	4953	10	-	90	11	
Stadtteil	2.	-	-	1320	36825	-	225	295	-	414	2054	-	-	-	12370	-	24016	2950	414	226	4	955	9	
Stadtkirchen	2.	-	-	120	16635	655	-	1315	-	7020	-	-	-	-	6412	-	10946	1315	17673	82	7	435	19	
Stalheim	1.2	-	-	2598	5790	-	45	245	-	8763	48	-	-	-	1920	3034	21	2598	5	8763	20	-	160	7
Stalheimsgen	2.	-	-	350	34525	-	95	240	-	2330	870	-	-	-	1025	-	4880	580	9130	38	21	226	13	
Stalheimsgen	2.	-	-	150	8130	240	-	235	-	9130	870	-	-	-	202	49	21340	235	7020	30	-	880	8	
Stalheimsgen	2.	-	-	60	3075	-	-	230	-	2330	230	-	-	-	10650	-	3365	340	11037	30	-	155	18	
Stalheimsgen	2.	-	-	30	3145	45	180	235	-	34765	270	-	-	-	10650	-	62830	6635	97865	40625	25	2590	17	
Stalheimsgen	2.	-	-	50	5940	71655	12555	190	6635	97865	17	-	-	-	-	-	-	9240	1160	15245	74	7	375	19
Stalheimsgen	2.	-	-	90	13565	630	-	1160	-	15245	180	-	-	-	-	-	-	29425	5620	135890	435	15	1750	3
Stalheimsgen	2.	-	-	210	3166	-	16	130	-	5525	1270	485	50	-	71520	22570	7672	765	11935	-	270	2	-	
Stalheimsgen	2.	-	-	1020	67195	525	10	765	-	11935	144	-	-	-	-	-	-	2120	280	3415	12	9	1	-
Stalheimsgen	2.	-	-	90	10245	135	-	280	-	34765	270	-	-	-	-	-	-	8793	5	875	-	-	-	
Stalheimsgen	2.	-	-	420	450	-	-	95	-	8615	6	-	-	-	-	-	-	5060	3	8615	59	-	215	15
Stalheimsgen	2.	-	-	60	780	-	7	-	1225	892	-	-	-	-	-	-	1026	70	1755	-	2	20	9	
Stalheimsgen	2.	-	-	90	3135	695	-	34	-	6972	-	-	-	-	-	-	1275	14199	1910	22880	105	-	520	8
Stalheimsgen	2.	-	-	50	3250	7950	-	1910	-	34765	270	-	-	-	-	-	14199	1910	1225	5	-	245	6	
Stalheimsgen	2.	-	-	30	3225	2070	-	690	-	10515	1452	-	-	-	-	-	3075	51318	690	10515	61	-	235	17
Stalheimsgen	1.	2083	480	2370	1012	-	20	195	-	8660	860	-	25	-	1127	4035	445	250	3865	89050	262	-	820	8
Stalheimsgen	2.	1638	480	4119	45	-	10	755	-	390450	59	-	-	-	1989	1633	31	755	7033	36	1	110	18	
Stalheimsgen	2.	2940	136425	174	-	20	23590	-	170675	1032	-	36	-	-	-	61275	1510	85878	13890	170675	801211	4390	17	
Stalheimsgen	2.	96	-	50	3250	-	-	50	-	935	-	-	-	-	-	1150	2	4110	4120	5376	580	275	-	
Stalheimsgen	2.	150	6840	938	-	-	50	580	-	8615	6	-	-	-	-	-	2012	5376	580	8568	84	9	2125	11
Stalheimsgen	2.	570	10440	-	-	50	790	-	1125	60	-	-	-	-	-	1285	7470	790	118	58	-	270	7	
Stalheimsgen	2.	210	3840	15	-	-	-	250	-	4215	-	-	-	-	-	-	2780	250	4915	27	1	1	15	
Stalheimsgen	2.	1620	43815	1132	-	630	1070	-	50263	680	-	18	-	-	-	1150	2	4110	5113	15499	7864	1020	51382	
Stalheimsgen	2.	150	2445	232	-	-	225	-	32865	170	-	32	-	-	-	150	2	28015	3635	50262	237	16	1185	8
Stalheimsgen	2.	15429	814	14850	437	2	-	1920	-	6875	464	-	-	-	-	-	1150	1956	245	3875	15	-	95	17
Stalheimsgen	2.	100	1920	47277	-	-	4525	-	69182	5415	-	18	-	-	-	15429	100	3705	4635	69182	499158	1470	17	
Stalheimsgen	2.	475	330	2325	-	-	280	-	5190	320	-	-	-	-	-	15429	100	1330	250	52866	18	-	130	19
Stalheimsgen	2.	2	420	420	-	-	20	445	-	19155	1521	-	-	-	-	-	15429	10	5820	18	8899	1115	19155	70
Stalheimsg																								

Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen:

Bestand vom vorigen Quartal	7 935,74	Mt.
Eintrittsgeld	1 877,20	
Beiträge à 15 Pf.	59 719,20	
Beiträge à 7½ Pf.	3 669,68	
Extra-Beiträge à 10 Pf.	216,50	
Beiträge zum Streikfonds	5 402,—	
Sonstige Einnahmen für den Streikfonds	2,28	
Zuschuß aus der Hauptkasse	2026,54	
Sonstige Einnahmen	79,50	
Summa:	80 928,64	Mt.

Angabe in den Zahlstellen:

Reiseunterstützung	1 329,84	Mt.
Rechtschutz	337,65	
Gemahrgeltenunterstützung	2 060,05	
Umgangsgeld	977,50	
Sterbegeld	1 515,—	
Streikunterstützung	4 762,41	
Postausgaben	21 117,88	
In den Zahlstellen zurückbehalten	10 784,10	
Abgeschickt an die Verbandskasse	83 204,93	
Eingelangt für den Streikfonds	4 859,33	
Summa:	80 928,64	Mt.

Gesamt-Einnahme:

Gassenbestand vom vorigen Quartal	116 977,45	Mt.
Von den Zahlstellen eingesandt	83 204,93	
Beiträge von Einzelmitgliedern	44,70	
Ohne Abrechnungen	280,06	
Post-Abonnement 2. Quartal	6,27	
Für Inserate	172,81	
Für Protokolle	31,50	
In Gemahrgeltenunterstützung zurückbezahlt	22,75	
Sonstige Einnahmen	465,34	
Aus der Streikkasse zurückbezahlt	3 297,41	
Summa:	154 503,22	Mt.

Hannover, den 8. Oktober 1902.

Aug. Brey, 1. Vorsitzender.

Heinr. Sach, 2. Vorsitzender.

Die Revisoren: A. Niemeier. Karl Bauer.

Abrechnung des Streikfonds.

Einnahme:

Bestand des Streikfonds vom vorigen Quartal	8 094,83	Mt.
Durch Marken und sonstige Einnahmen	5 404,28	
An freiwilligen Beiträgen gingen ein	502,20	
Auf Listen	—40	
Harburg zurückbezahlt	173,50	
Zuschuß aus der Hauptkasse	2 747,55	
Summa:	16 922,76	Mt.

Ausgabe:

Potsdam	4 155,—	Mt.
Barmbek	3 953,25	
Braunschweig	2 201,38	
Bornstedt	1 137,85	
Bromberg	1 118,50	
Coburg	800,—	
Schönebeck	715,20	
Neumünster	509,—	
Stuttgart	459,—	
Wilhelmsburg	433,50	
Mainz	398,63	
Rothenburgsort	317,25	
Salberstadt	224,75	
Niel	162,—	
Bergedorf	109,—	
Magdeburg	75,70	
Caputh	48,—	
Gaußstadt	42,—	
Gütersloh	33,75	
Gütersloh a. S.	18,—	
Werder a. S.	11,50	
Summa:	16 922,76	Mt.

Bilanz:

Gesamteinnahme	16 922,76	Mt.
Gesamtausgabe	16 922,76	
Bleibt Bestand	—	Mt.

worden sei. Jetzt versucht man die Schuld dafür dem Kollegen Brey und dem früheren Gauvorstand R. in die Schuhe zu schieben. Die Schuld hätten die Kollegen der Zahlstellen Hannover R., die mit Nachdruck für die Wahl R.'s eingetreten seien unter dem Vorwande, der Kollege Osten, der 2 Jahre Gauleiter gewesen ist, könne den Posten nicht mehr verleihen. Wäre der Kollege Osten noch heute Gauvorstand, so würde das Resultat ein besseres sein. Die Kollegen Monien und Neumann suchen die Thätigkeit des Gauvorstandes und das Verhalten der Kollegen in Hannover R. zu rechtfertigen. Trotz der herben Kritik, die an dem Bericht geübt worden ist, erkennen die Gaukonferenz den guten Willen des Gauvorstandes ausdrücklich an. Nachdem dem Gauvorstand Decharge ertheilt worden ist, wird in die Mittagspause eingetreten.

Die Nachmittagssitzung wird 3½ Uhr eröffnet. Aus dem Bericht der Delegierten ist hervorzuheben, daß der Ausbreitung der Organisation überall Schwierigkeiten entgegenstehen. In Alsfeld steht den Arbeitern kein Lokal zur Verfügung. In Nienburg (Weser) ist die Organisation durch den verlorenen Glasarbeiteraufstand beeinträchtigt worden. In Linden und Hameln macht die Polizei Schwierigkeiten. In Wiesbaden verhindert das Vorstandertreffen der Bergarbeiterindustrie ein weiteres Zusammenschließen der Organisation, und in Sarstedt ist es der Einsatz der Unternehmer, welcher den Bestrebungen der Organisation hinderlich ist. Unter Punkt 4 wurde ein Antrag der Einzelmitglieder in Anderen, der im nächsten Jahre 2 Versammlungen verlangt, und ein Antrag der Zahlstelle Hameln, der eine Agitationsszene fordert, dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überreicht. Bei Punkt 5 der Tagesordnung führte Grohmann kurz die Gründe an, die für den Beschluss des Verbandstages entscheidend gewesen sind, und bittet die Delegierten, in den Kreisen der Kollegen für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu wirken. Wozni bekennst sich als Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung. Der Hauptantrag des Verbandes würde dabei vernachlässigt werden. Neumann hält die Erhöhung der Beiträge bei den niedrigen Löhnen nicht für durchführbar. Eine Unterstützung in Krankheitsfällen sei mit geringeren Mitteln durchführbar und zweckmäßiger. Monien ist der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Unterstützungsätze zu niedrig bemessen sind, et sei früher ein eifriger Befürworter der Arbeitslosen-Unterstützung gewesen, mache aber jetzt wegen der niedrigen Unterstützungsätze dagegenstimmen. Auf Anfrage erklärt Kollege Sach, daß die Urabstimmung mittels Abstimmefettl vorgenommen werden soll. Der Vorstand würde sich bei der Abstimmung ganz neutral verhalten. Grohmann wendet sich gegen die erhobenen Bedenken. Die Arbeitslosen-Unterstützung würde unsere Position im Klassekampf nicht schwächen, wie behauptet worden sei, sondern nur stärken. Durch die Streikunterstützung führen wir uns die Arbeitslosen-Unterstützung paralysieren, wir einigermaßen die industrielle Reservearmee. Wimmenholt - Welfe und Stender-Hannover schließen sich im zusätzlichen Sinne. Bergmann führt aus, wir hätten in den letzten zwei Jahren rund 2000 Mitglieder verloren, während 44 000 eingetreten seien. In diesen Zahlen steckt eine ungeheure Summe von Geld, geistiger und physischer Arbeit, die einzulösen geleistet werden sei. Wir müssen die Arbeiter an die Organisation zu lassen suchen, dazu sei die Arbeitslosen-Unterstützung das beste Mittel. — Bei Punkt 6 der Tagesordnung wird ein Antrag der Zahlstelle Nienburg a. R. Die Gaukonferenz wird versucht, gegen die Gehalts erhöhung des Vorstandes zu protestieren, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. — Als Ort für die nächste Konferenz wird Celle und als Sitz des Gauvorstandes wiederum Hannover gewählt. Mit einem Hoch auf die Arbeitbewegung wird die Konferenz um 7 Uhr geschlossen.

Arbeitslosigkeit, der damit verknüpften Entlassung und Entehrung ist sein früher Tod geschuldet, als dessen Ursache man ein langsameres Verhängern bezeichnen kann. Die Frankfurter Kollegen und die Kollegen der benachbarten Zahlstellen werden ihm ein ehrendes Gedenk bewahren.

Gotha. Am 27. September tagte im Gasthaus „Zum Ritter“ unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Groß-Oehdrus referierte über die auf dem Verbandstag gesetzten Beschlüsse, schilderte die Arbeitslosen-Unterstützung und ermahnte zum Schluss seines ausführlichen Referates die Mitglieder, bei der im November stattfindenden Urabstimmung für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu stimmen.

Hannover. Am 18. September tagte die Fortsetzung der Versammlung vom 6. v. M. Es waren noch 18 Mitglieder in die Rednerliste eingetragen, die Debatte brachte im Wesentlichen nichts Neues. Zwölf Redner protestierten gegen die Verbandstagsbeschlüsse und zwar hauptsächlich gegen die festgelegte steigende Gehaltsstufe und gegen die Versicherung der Angestellten, teilweise auch gegen die Beschlüsse der Beitrags erhöhung und Arbeitslosenunterstützung. Es wurde auf die Arbeitslosenunterstützung mundgerecht gemacht hat, hingewiesen, indem der Verbandstag den Beitrag auf 20 Pf. feststellt und bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung glaubt mit 25 Pf. Wochenbeitrag auszukommen. Nach Berechnung des Vorstandes sind doch 20 Pf. Beitrag für Arbeitslosenversicherung unbedingt erforderlich. Zu den Beschlüssen bezüglich der Gehalts erhöhung und Pensionierung der Beamten wurde gestellt gemacht, daß der Verbandstag die Gehälter auf die bisherigen Höhe hätten lassen müssen, da man doch in Halberstadt eine ganz bedeutende Erhöhung der Gehälter beabsichtigt hat und damit wohl auskommen wäre; man hätte es auch verstehen können, wenn jedem Beamten 100 M. mehr gewährt worden, die weiteren Festlegungen wären aber den folgenden Verbandstagen zu überlassen, anstatt den Anregungen des Vereins Arbeiterpresse und der Generalkommission gleich Rechnung zu tragen und die Gehälter auf Jahre hinaus festzulegen. Man sollte nie vergessen, wer die Gelder aufzubringen hat, und zu welchem Zweck dieselben aufgebracht werden. Was die Versicherung in der zu gründenden Pensionsklasse anbelangt, so sei dies doch ebenfalls eine indirekte Gehalts erhöhung und dann seien doch unsere Angestellten nicht lebensfähig gemacht, man wisse noch gar nicht, wie sich Löhner in Zukunft bewähren. Wollen sich unsere Angestellten versichern, so müssen die selben die Kosten aus eigenen Mitteln bezahlen. Außerdem wurde bezwifelt, daß bei einem Beitrag von 60 bzw. 90 M. pro Jahr und Mitglied die projektierte Invaliden-Witwen-Baile und Sterbeversicherung bezahlt werden könnte, die Belastung der Gewerkschaften würde eine höhere sein. Verbands-Kassier Bruns fragt, ob in die Diskussion persönliche Momente hineingetragen werden und wendet sich gegen den Kollegen M., welcher den Vorstand in unschöner Weise verdächtigt habe. Der 2. Vorsitzende des Verbandes, Kollege Sach, sucht Marzulegen, daß es die Solidarität erfordert, gegenüber den übrigen Gewerkschaftsangestellten, das angebotene Gehalt anzunehmen, wenn man nicht zu einem Lohndrücken werden will, und führt für die Notwendigkeit der Pensionierung der Beamten nochmals den Fall Siebert an, welcher als Vorsitzender der Schuhmacher der Bewegung seine Gesundheit geprägt und nun auf die Gnade seiner Kollegen angewiesen ist. Kollege Lohberg ergibt zu, daß der Beispunkt für eine Gehalts erhöhung nicht Platz war, glaubt aber, daß gegen die Beschlüsse nichts zu machen sei, und wendet sich gegen die eingeschlagte Resolution, weil dieselbe einen großen Widerspruch enthalte. Nachdem der Kollege Contentus die Resolution begründet und hauptsächlich hieß, daß hier dieselbe nicht nur gegen die Beschlüsse des Verbandstages, sondern auch im Allgemeinen gegen die Tendenz, welche jetzt in den führenden Kreisen herrsche, rietet, wurde dieselbe gegen 5 Stimmen angenommen. Sie lautet: Sie am 6. und 13. September im „Ballhof“ tagenden gemeinsamen Versammlungen der Zahlstellen Hannover, Hannover-Nordost, Lünen und Kleefeld protestieren entschieden gegen die Beschlüsse des Verbandstages in Offenbach, soweit dieselben die laufende Gehalts erhöhung und Pensionierung der Angestellten auf Verbandslohn betrifft. Die Versammlungen erbliden in dem Bestreben des Vereins Arbeiterpresse und der Generalkommission, welches auf dem letzten Gewerkschaftstag in den Beschlüssen über diese Frage zum Ausdruck gekommen ist, eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung, geeignet, der allgemeinen Flanheit, welche in den letzten Jahren hier geprägt hat, Vorwurf zu leisten, denn die Beschlüsse geeigneten Platz gegeben hat, Vorwurf zu leisten, den Verbandslohn geeigneten Platz zu geben, dem Verband den Rücken zu lehnen, und unseren Gegnern eine neue Basis in die Hand zu geben, die Indifferenz von uns jetzt zu halten und somit unsere Bewegung zu hemmen. Wollen sich unsere Beamten versichern, so mögen sie dieses aus eigenen Mitteln leisten. Wir werden sie die Beschlüsse der Gewerkschaften

konträr anerkennen und danach handeln, verwahren uns aber dagegen, Beschlüsse anzuerkennen, an welchen die Beschlussspendenden selbst ein materielles Interesse haben. Die Generalkommission sollte es jeder Gewerkschaft selbst überlassen, wie letztere die Beziehungen mit ihren Angestellten regelt. Die Versammlungen hoffen im Interesse der gewerkschaftlichen Weiterentwicklung des Verbandes, daß der Vorstand und Ausschuß Mittel und Wege finden werden, diese Beschlüsse wieder rückgängig zu machen. Kein Kollege wird etwas dagegen haben, wenn den Angestellten ein auskömmliches Gehalt gezahlt wird, weitere Verpflichtungen müssen die Versammlungen aber aus prinzipiellen und taktischen Gründen ablehnen. Nachdem die Erwartung ausgesprochen, die Kollegen allerorts möchten sich an dieser Sache (besonders zu der Resolution) äußern, erfolgte Schluss der Versammlung. (Vorstand und Ausschuß sind vertraut, den Verbandstagsbeschlüssen Geltung zu verschaffen, sie werden also nicht nach Mitteln und Wegen suchen, um Beschlüsse rückgängig zu machen.)

Ruhla. Nachdem unsere Zahlstelle nunmehr auf eine Existenz von Jahresdauer ausblickt, erscheint es am Platze, einen kleinen Situationsbericht zu geben. Vor Jahresfrist, als die Gründung der Zahlstelle fast vollzogen war, gehörten 21 Personen dem Verbande an. Von diesen zuerst geworbenen Mitgliedern haben inzwischen viele wieder die Kette ins Korn geworfen; als sie nicht augenscheinliche Erfolge sahen, verloren sie Mut und ließen davon. Wir ließen ab dieser Flucht den Platz nicht sinken und haben heute 65 Mitglieder. Die Folgen der Wirtschaftskrise verspürten wir nun mit vollem Gewicht. Die Gebrüder Ehlike Metallwarenfabrik, die größte Fabrik überhaupt hier am Orte, die ca. 100 Personen beschäftigt, macht Abzug von 20–35 Prozent. Es wurden gezielt 27–40 Pf. die Stunde, während jetzt die Stundenlöhne auf 17–32 Pf. stehen. Beide Männer die betroffenen Nichtunternehmer, weil sie es in der guten Zeit verstanden haben, sich zu organisieren. Eine ganz schlimme Gleichgültigkeit zeichnet die Arbeiterschaft genannten Werke aus. Besonders im Walzwerk und in der Draht- und Spannzeugerei sind die größten Abschläge gemacht worden. Hossenfelder hat die jüngste Zeit mit allen ihren Sorgen für die Arbeiter das Gute, daß sie die Kollegen zum Nachdenken veranlaßt, damit sie erkennen, daß die Arbeiter lämpfen und ringen müssen, wenn sie einen Aufstieg aus dem Sumpf wirtschaftlicher und sozialer Not ermöglichten wollen.

Wolfsburg. Unserer am 30. September im Hotel von Grunow abgehaltenen Versammlung der in den hiesigen Öfenfabriken beschäftigten Arbeiter lag die Entscheidung über die Annahme des neuen Lohnartikels vor. Kollege Klein erstellte den Bericht über die letzte Verhandlung mit der Fleißerkommission. Es ging daraus hervor, daß man sich durch gegenseitige Abgekommen geeinigt hatte, daß die Glasflaschenarbeiter 27 Pf. Stundentag erhalten sollen. Der Lohn derselben betrug bis dato mit wenigen Ausnahmen 25 Pf. pro Stunde. Sämtliche anderen Arbeiter sollen 2 Pf. mehr pro Stunde und die Akkordarbeiter 5 Prozent Zuschlag erhalten. Weshalb, das bis jetzt mit 1–1,25 M. die halbe Nacht bezahlt wurde, soll mit 1,50 M. bezahlt werden, gefordert war 1,50 M. Diejenigen Arbeiter, welche beim Feuer bleiben, erhalten die jetzt in einigen Fabriken 75 Pf. In anderen ist jetzt soll 1,10 M. bezahlt werden. Die Lohnzahlung soll am Freitag stattfinden; ebenfalls soll die Lohnkommission der Arbeiter, sowie die der Arbeitgeber vereinbart, um bei vor kommenden